Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND Sachsen-Anhalt e.V.
Landesgeschäftsstelle, Olvenstedter Str. 10, 39108 Magdeburg
Tel. 0391/54 333 61, Fax 0391/54 5 270
info@bund-sachsen-anhalt.de, www.bund-sachsen-anhalt.de,

Bürgerinitiative für gesunde Stadtstrukturen und gegen Schlachthoferweiterung Weißenfels
c/o Nicole Reppin
nicolereppin@freenet.de, www.pro-weissenfels.de

Pressemitteilung 12.04.2007 – Weißenfels/Saale

Regelmäßige Genehmigungsüberschreitungen von Tönnies bestätigt! - Behörden verschweigen Bürgern die gängige Praxis! – Bürgerinitiative verlangt Konsequenzen und legt Dienstaufsichtsbeschwerde beim Ministerpräsidenten ein!

Die Fleischwerk Weißenfels GmbH hat in der Mehrzahl der untersuchten Monate im Jahre 2006 die Tagesschlachtleistungen nicht eingehalten und nicht nur gelegentlich überschritten. Zu diesem Ergebnis kam eine staatsanwaltschaftliche Untersuchung, welche durch die Anzeige des anerkannten Umwelt- und Naturschutzverbandes BUND erfolgte.
Während der Bürgerinitiative von der Landeskontrollbehörde noch Ende September 2006 erklärt wurde, dass „Pflichtverletzungen des Betreibers nicht festgestellt wurden“ und auch im Oktober kein weiterer Erklärungsbedarf bestand, berichtet nun gleiches Fachreferat im Februar 2007, dass im Zeitraum vom April 2006 bis Juni 2006 die maßgebliche Tagesschlachtleistung an mehr als 10% der Wochenschlachttage und in den Monaten November und Dezember 2006 sogar in der Mehrzahl der Wochentage nicht eingehalten wurde. Dabei wurden anstatt genehmigter 8.700 Schweine bis zu 13.000 Schweine täglich geschlachtet. Ebenfalls gestand man ein, dass auch die umstrittene Wochenschlachtleistung in den Monaten November und Dezember 2006 mehrheitlich überschritten wurde.

Die Bürgerinitiative und der BUND betrachten das Vorgehen von Tönnies als rücksichtsloses Verhalten gegenüber Wohnnachbarn, Stadt und Umwelt in Weißenfels und rügt das Verhalten der Kontroll- und Überwachungsorgane.
Besonders empörend ist, dass die gesetzlich zum Schutze der Bürger eingesetzte Überwachungsbehörde nach Feststellung der Ordnungswidrigkeiten die Weiterführung der Genehmigungsüberschreitungen im November und Dezember durch eine ungerechtfertigt großzügige Fristsetzung zur Abstellung duldete. Gleichzeitig hielt es die Behörde nicht davon ab, bei zahlreichen Bürgerbeschwerden aus gleichen Monaten die bekannten Überschreitungen zu verschweigen und die Einhaltung der Betreiberpflichten zu attestieren.
Die Bürgerinitiative hat erneut Dienstaufsichtsbeschwerde beim Ministerpräsidenten Herrn Prof. Dr. Böhmer eingereicht und verlangt klare Konsequenzen bei den verantwortlichen

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND Sachsen-Anhalt e.V.
Landesgeschäftsstelle, Olvenstedter Str. 10, 39108 Magdeburg
Tel. 0391/54 333 61, Fax 0391/54 5 270
info@bund-sachsen-anhalt.de, www.bund-sachsen-anhalt.de,

Bürgerinitiative für gesunde Stadtstrukturen und gegen Schlachthoferweiterung Weißenfels
c/o Nicole Reppin
nicolereppin@freenet.de, www.pro-weissenfels.de

Mitarbeitern und Vorgesetzten. Wir erwarten, dass das Fleischwerk Weißenfels ab sofort seine per Genehmigungsbescheid vom 09.09.2004 tatsächlich erlaubten Obergrenzen pro Tag und pro Woche einhält und die Fachabteilungen der Behörden zukünftig ihre gesetzlichen Kontrollaufgaben vollumfänglich erfüllen.

Da das Landesverwaltungsamt bis heute keine immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Sonntagsarbeit in der Schlachtung in Weißenfels vorlegen kann, bleibt die unterstellte Wochenschlachtleistung und Sonntagsschlachtung ungeklärt. Auch die bemühte Genehmigung der Gewerbeaufsicht Süd des Landesamts für Verbraucherschutz kann nach unserer Auffassung immissionsschutzrelevante Änderungen der Schlachtkapazität nicht abdecken. Gegen diese Genehmigung wurde inzwischen ein Widerspruchsverfahren eingeleitet.

Die Bürgerinitiative betont, den Schlachthof in seiner heute genehmigten Größenordnung zu akzeptieren. Die umfangreiche Konflikt- und Beschwerdehistorie parallel zu den ordnungswidrigen Überschreitungen des Betreibers zeigt aber, dass der Standort für weitere Erweiterungen absolut ungeeignet ist. Darüber hinaus besteht kein öffentliches Interesse an einer derartigen Entwicklung, da der Bedarf an Schweinefleisch gedeckt ist, ein adäquates regionales Tierangebot weder vorhanden noch deren Etablierung wirtschaftlich sinnvoll und ökologisch verträglich wäre. Solche stark automatisierte Monostrukturen zerstören weitaus mehr Arbeitsplätze, als sie vorgeben zu sichern. Sie passen nicht in eine nachhaltige Wirtschaft, weil sie die Grundregeln überlebensfähiger Systeme verletzen: Sie sind teuer und anfällig, haben einen unverhältnismäßig hohen Bedarf an Rohstoffen, Energie, Transport, Überwachung und Kontrolle und führen zu einen ebenso überhöhten Ausstoß an Umweltbelastung, Lebensraumzerstörung, sozialem Stress und Abfällen. Ausdruck dieser negativen Entwicklung sind z.B. das reihenweise Sterben kleiner und mittlerer Schweineproduzenten, das Schließen zahlreicher ehemals stark subventionierter Schlachthöfe oder die dramatischen Veränderungen unseres Klimas.

Die Bürgerinitiative resümiert, sie werde sich daher weiterhin mit aller Konsequenz gegen die Konfliktsteigernde und für Stadt und Land kostspielige Schlachthoferweiterungsplanung an dem ungeeigneten Standort einsetzen und für eine alternative Entwicklung des Areals, der Heimatstadt Weißenfels und Sachsen-Anhalts werben.

Nicole Reppin
Ortsgruppe BUND Weißenfels, Bürgerinitiative für gesunde Stadtstrukturen